

Kommentar zu den Nachwahlen vom 27. April 2011:

„Das Pendel schwingt zurück. Regierungspartei zeigt Nerven, Opposition probiert Handlungsfähigkeit.“



Dr. Hannes B. Mosler

- Mit knapp 40% wurde die zweithöchste **Wahlbeteiligung** bei Wiederholungs- und Ersatzwahlen erzielt, die hauptsächlich auf die besondere Situation am Vorabend des Superwahljahres 2012 und die strategische Kandidatur von politischen Schwergewichten zurückgeführt werden kann.
- **Verlierer** der Wahl sind das weiter zersplitterte Regierungslager der Großen Nationalpartei (GNP) und die Newcomerpartei von Ryu Shi-Min sowie er selbst, während die Demokratische Partei (DP) rechtzeitig vor den Wahlen im kommenden Jahr aufholt.
- Klarer **Gewinner** ist der Parteivorsitzende der DP, Sohn Hak-Kyu, der nicht nur seine Position in der Partei stärken konnte, sondern auch insgesamt seine Aussichten auf Unterstützung seiner nun sehr wahrscheinlichen Kandidatur für das Präsidentenamt im kommenden Jahr deutlich verbessert hat.
- Die ehemalige Vorsitzende der GNP, Park Geun-Hye, und ihre Faktion haben ebenfalls eine bessere Position für das anstehende interne **Kräftemessen** gegenüber den Lee Myung-Bak-Getreuen.
- Die Hauptschauplätze der Wahlen waren bestimmt von bedenklichen Kandidatenaufstellungen, Negativkampagnen und dem Einsatz **illegaler Wahlkampfmethoden**; von den Wählern ist die politische Klasse dafür nicht in jedem Fall abgestraft worden.
- Die Karten sind neu gemischt, rechtzeitig zum Wahlschaltjahr, in dem ansteht, klarzustellen, ob das Volk mit dem rechtskonservativen Ruck der vergangenen fünf Jahre einverstanden war, oder doch wieder mehr **Demokratie** wagen möchte.

1. Überblick

Am 27. April 2011 wurden in Südkorea Wiederholungs- und Ersatzwahlen abgehalten, bei denen insgesamt 38 Regierungsämter neu besetzt wurden. Auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene waren insgesamt rund 3,4 Millionen Wahlberechtigte zur Stimmenabgabe aufgerufen. Die Wahlbeteiligung war mit 39,7% die zweithöchste unter den bislang 14 Nachwahlen seit 2004. Im Zentrum dieser Wahlen standen die Entscheidungen um die drei vakanten Parlamentssitze der Wahlbezirke in den Städten Bundang, Suncheon und Gimhae und das neu zu besetzende Gouverneursamt der Provinz Gyeonggi.

Politische Schwergewichte beider Hauptparteien waren an den Start gegangen, um vor dem Superwahljahr 2012 – Parlamentswahlen im April und Präsidentschaftswahlen im Dezember – richtungsweisende Erfolge zu sichern. Der Sieg ging an die oppositionelle Demokratische Partei (DP), die – zählt man den gemeinsam mit der Demokratischen Arbeiterpartei (DAP) aufgestellten Kandidaten hinzu – vier von den fünf Ämtern gewann.

Zwar konnte die regierende Große Nationalpartei (GNP) mit 17 gewonnenen Wahlen vor der DP (12), der DAP (4), der Liberalen Fortschrittspartei (LFP, 4) und einem parteilosen insgesamt die meisten Ämter erringen. Aber gerade bei diesen Nachwahlen kam es weniger auf die Anzahl der Ämter an als darauf, welche der entscheidenden Wahlkreise man erobern konnte.

Der Wahlbezirk Bundang Eul war immer schon eine Hochburg der rechtskonservativen Regierungspartei und liegt im Einzugsgebiet der Hauptstadt Seoul. Gimhae Eul ist die Heimat des kürzlich verstorbenen progressiven Präsidenten Roh Moo-Hyun, der 2008 vom amtierenden Präsident Lee Myung-Bak abgelöst wurde. Suncheon Si liegt in der Provinz Jeolla und war somit immer schon eine Bastion der oppositionellen DP. Die Provinz Gangwon ist die mit Abstand einwohnerreichste, d.h. auch wählerreichste Provinz des Landes.

Drei dieser vier Ämter waren zuvor von DP-Mitgliedern besetzt. Zwar gab es Veränderungen, aber das Verhältnis zwischen Regierungspartei und Oppositionspartei ist damit rechnerisch

gleich geblieben. Im Wahlbezirk Suncheon hatte die GNP erst gar keinen Kandidaten aufgestellt. Die Wahlen wurden jeweils nur sehr knapp mit einem Unterschied von zwei bis vier Prozent entschieden.ⁱ Dennoch macht dieses Ergebnis klar: die Regierungspartei verliert weiter an Fahrt; eine Tendenz, die spätestens seit den regionalen Wahlen im Sommer 2010 eingesetzt hat.

Eine genauere Beurteilung der Nachwahlen benötigt jedoch einen genaueren Blick auf die Besonderheiten der einzelnen Wahlkreise.

2. Die zentralen Wahlkampfarenen

Bundang Eul: Opposition trumps bei 'rationalen Konservativen' mit Positivwahlkampf auf

Zu den Ersatzwahlen in der Satellitenstadt Bundang nahe Seoul trat kein Geringerer als der Vorsitzende der DP, Sohn Hak-Kyu, gegen den GNP-Kandidaten Kang Jae-Sub an. Die Kontrahenten kannten sich bereits aus der Vergangenheit. Sohn war bis kurz vor den Präsidentschaftswahlen 2007 Mitglied der GNP gewesen und damals – wie unter anderem auch Kang – Präsidentschaftskandidat bei den parteiinternen Vorwahlen. Sohn brach schließlich mit der GNP, weil man sich über die Regeln einigen konnte, nach denen die Vorwahlen abhalten werden sollten und wechselte zur DP. Kang wurde zwar auch nicht Präsidentschaftskandidat – das wurde schließlich Lee Myung-Bak –, aber Vorsitzender der Partei und konnte sich den Erdrutschsieg bei den anschließenden Parlamentswahlen 2008 auf sein Konto schreiben.

Während Kang als Jurist eine klassische Politikerkarriere in Partei und Parlament hinter sich hat, begann Sohn seine Laufbahn zunächst als Professor für Politikwissenschaft und übernahm später wichtige Regierungsämter. Der als tendenziell progressiv bekannte Sohn stammt aus Seoul, während Kang aus dem politisch konservativen Daegu stammt.

Was war so wichtig am Wahlbezirk Bundang Eul, dass die beiden großen Parteien alle Hebel in Bewegung setzten? Zunächst wird der

Tabelle: Wahlergebnisse vom 27. April 2011 (Auswahl)

Wahlbezirk	gewählter Kandidat	unterlegener Kandidat
Parlamentssitze		
Bundang Eul	Sohn, Hak-Kyu (DP, 51,0%)	Kang Jae-Seob (GNP, 48,3%)
Suncheon Si	Kim, Son-Dong (DAP, 36,2%)	Jo, Sun-Yong (pl, 21,7%)
Gimhae Eul	Kim, Tae-Ho (GNP, 51,0%)	Lee, Bong-Soo (CPP, 49,0%)
Gouverneursamt		
Gangwon	Choi, Moon-Soon (DP, 51,1%)	Ohm, Ki-Young (GNP, 46,5%)

Wahlbezirk in der Mehrheit von der gehobenen Mittelschicht bewohnt, die es zu überzeugen galt. Außerdem liegt er sehr nah an Seoul und ist somit quasi-Hauptstadtbezirk. Dies ist insofern von bedeutender Symbolik, als dass der Wahlausgang für die kommenden Parlamentswahlen als richtungsweisend verstanden wird. Wenn selbst die, die eigentlich von Lee Myung-Baks „unternehmensfreundlicher“ Politik profitieren sollten, sich gegen ihn stellen, wäre das ein klares Zeichen. „Für wen entscheidet sich die Mitte der Gesellschaft?“, lautete hier die Frage. Außerdem war es für die Regierungspartei wichtig, in ihrer Hochburg wieder zu gewinnen. Jedoch, die Opposition traf den Gegner im eigenen Revier, ein besondere Sieg!

Wie kann man den Sieg Sohn Hak-Kyus in der Hochburg der GNP erklären? Erstens, hat Sohn die besseren Voraussetzungen als Person mitgebracht. Während Kang Jae-Sup gerade mal vorzuweisen hatte, den Fraktionsvorsitz der GNP inne gehabt zu haben, stand Sohn mit seiner Karriere als Universitätsprofessor, Gesundheitsminister unter Kim Dae-Jung und Gouverneur der Provinz Gyeonggi (zu der auch Bundang gehört) weitaus besser da.

Zweitens: Zwar ist in Bundang auch eine sehr gut verdienende Bevölkerungsschicht zu Hause ist – und bisherige Wahlergebnisse haben gezeigt, dass sich Gutverdiener tendenziell zur GNP hingezogen fühlen – aber mittlerweile hat ein verjüngender Generationswechsel stattgefunden, sodass fast 70% der Einwohner zwischen 20 und 40 Jahren alt sind, die offensichtlich als „rationale Konservative“ beschrieben werden können im Gegenteil zu 'Rechtskonservativen'.

In diesem Zusammenhang stellte sich, drittens, Kang Jae-Sups anachronistisch-ideologisch gefärbte Wahlkampfstrategie als nachteilig heraus. Er appellierte an die Wähler, nicht für seinen Kontrahenten zu stimmen, und bat darum, ihm beim „Ausmerzen der Linken“ zu helfen so wie damals beim „Kampf am Nakdong-Fluss während des Koreakrie-

ges“ gegen die 'Kommunisten aus dem Norden'. Außerdem nannte er Sohn einen „politischen Zugvogel“. Sohn hingegen verzichtete darauf, seinen Gegner schlecht zu machen und trat im Übrigen bescheiden und bodenständig auf.

Drittens: Am Wochenende vor dem Wahltag zeigte das GNP-Wahlkampfplager schließlich Nerven. Kang Jae-Sup sagte eine lange zuvor geplante Livesendung beim Sender SBS ab, bei

der er mit seinem Kontrahenten hätte diskutieren müssen. Zunächst bestritt das Wahlkampf-camp Kangs noch, für die Absage der Sendung verantwortlich gewesen zu sein; wenig später jedoch folgte die anders lautende Stellung-

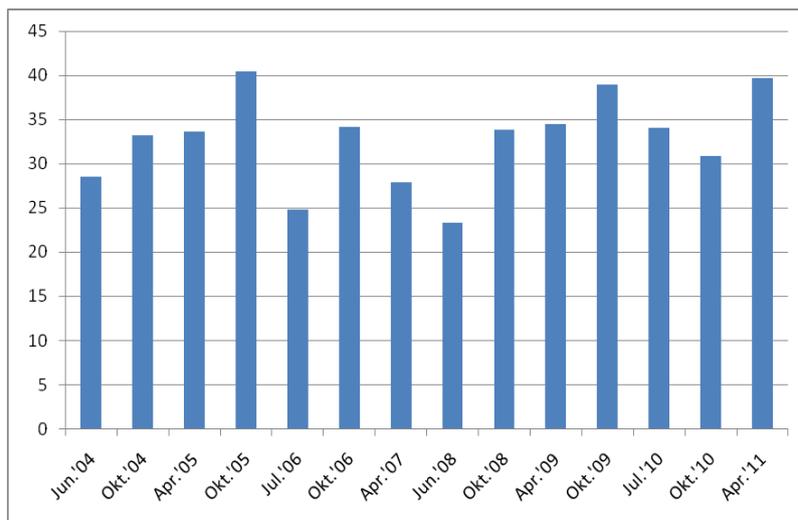
nahme des Senders. Das Wahlkampfbüro Sohns hatte sogar noch angeboten, dass man nicht über das Thema „Wohlfahrt“ sprechen müsse, wenn es helfe, Kang wieder an den Diskussionstisch zu holen. Der aber manövrierte sich schließlich selbst ins Aus.

Gimhae Eul: Opposition machte Rechnung ohne den Wirt

Im Wahlbezirk **Gimhae Eul** standen sich die Kandidaten Kim Tae-Ho von der GNP und Lee Bong-Soo von der Partei für die Partizipation der Bürger (PPB) gegenüber. Zwar befinden wir uns hier in der südöstlichen Provinz Gyeongsang, die traditionelle eine Hochburg der GNP ist, aber sie ist auch die Heimat des kürzlich verstorbenen progressiven Präsidenten Roh Moo-Hyuns. So ist es nicht verwunderlich, dass man sich im Lager der Oppositionsparteien auf einen gemeinsamen Kandidaten mit einer gewissen Nähe zu Roh geeinigt hatte. Lee Bong-Soo stammt aus Gimhae und hatte unter Roh verschiedene verantwortungsvolle Regierungsposten inne gehabt. Außerdem stand mit der PPB eine Partei hinter ihm, die von Ryu Shi-Min geführt wird, der ebenfalls ein Getreuer Rohs war und als ehemaliger Abgeordneter und Gesundheitsminister über politische Einflusskraft verfügte.

Der Kandidat der GNP, Kim Tae-Ho, hatte

Grafik: Wahlbeteiligung bei Nachwahlen seit 2004 (%)



bis zu den Kommunalwahlen im Sommer 2010 das Amt des Gouverneurs in der Provinz Gyeongsang-Süd inne gehabt und somit einen entsprechenden Vorteil auf Grund seines Bekanntheits- und Beliebtheitsgrad in der Region. Während seiner Amtszeit hatte er sich mit verschiedenen Großprojekten einen Namen gemacht. Doch genauso schnell war sein Ruf ruiniert, als er mit einem großen Korruptions-skandal in Verbindung gebracht werden konnte. Zwar wurde er offiziell freigesprochen, doch selbst die von Präsident Lee Myung-Bak vorgeschlagene Ernennung zum Ministerpräsidenten musste nach Widerstand der Öffentlichkeit zurückgezogen werden. Nachdem bei der Überprüfung seiner Eignung als Ministerpräsident weitere Verdachtsmomente auf illegale oder zumindest moralisch fragwürdige Handlungen aufkamen, war die kritische Meinung gegenüber Kim auch im Volk zu stark geworden, sodass er von sich aus zurücktrat.

Als nur einige Tage vor dem Wahltag das verlorene Notizheft eines Mitarbeiters des Ministeriums für besondere Aufgaben für Aufsehen sorgte, schien sich das Kopf-an-Kopf-Rennen schließlich für den oppositionellen Lee zu entscheiden. Anhand der Aufzeichnungen ließ sich rekonstruieren, dass der Mitarbeiter des Ministeriums vor Ort gezielt Wähler angesprochen und Informationen zum Wahlkampf gesammelt hatte. Das Wahlgesetz (u.a. §9, §60, §85) verbietet die Einmischung von Staatsdienern in den Wahlkampf streng.

Wie erklärt sich nun, dass der offensichtlich seiner Missetaten „überführte“ Kandidat Kim Tae-Ho schließlich trotzdem gewann? Die Hintergründe dafür müssen weniger in den Stärken Kims als vielmehr in den Schwächen seines Kontrahenten Lee gesucht werden. Erstens, war Lee Bong-Soo zwar ein gemeinsamer Kandidat des oppositionellen Lagers, aber im schwierigen Einigungsprozess, an dessen Ende man sich schließlich doch noch auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen konnte, waren innerhalb des Lagers der Kräfte um den ehemaligen Präsidenten Roh starke Differenzen aufgebrochen.

Zweitens war der gemeinsame Kandidat eigentlich nicht die ideale Wahl. Zwar konnte Lee Bong-Soo eine gewisse Nähe zu Präsident Roh vorweisen, aber ansonsten fehlte es ihm an Profil; Kim Tae-Ho, der bereits Gouverneur dieser Provinz gewesen war und hatte politische Praxis hinter sich. Da half es wenig, dass Lee bei allen Wahlkampfauftritten Videos des verstorbenen Roh zeigte.

Doch die entscheidende Schwäche, drittens, ist darin zu sehen, dass Lee bei den Kommunalwahlen 2010 einen bitteren Nachgeschmack hinterlassen hatte. Auch damals wollte man sich in der BPP mit der DP auf einen gemeinsamen Kandidaten geeinigt. Doch als Lee nicht

als Kandidat für das Bürgermeisteramt aufgestellt wurde, prozessierte er gegen die Entscheidung. Bürgermeister wurde schließlich der Gegenkandidat der GNP. Außerdem wird Lee vorgeworfen, bereits bei den Präsidentschaftswahlen 2007 die DP verraten zu haben, als er kurzerhand die Partei wechselte, um sich dem Wahlkampfcamp des konkurrierenden Präsidentschaftskandidaten Mun Guk-Hyeons anzuschließen. Das schwächte natürlich das Oppositionslager und auf mögliche Wähler machte es auch keinen guten Eindruck. Lee Bong-Soo bzw. seine Protegés, allen voran Ryu Shi-Min, hatten mit seiner Aufstellung die Rechnung ohne den Wirt gemacht, was teuer zu stehen kam.

Suncheon Si: Sieg 'konkurrenzloser Vernunft'

Der Kampf um den vakanten Sitz der Stadt **Suncheon** hatte seinen Schauplatz in Jeolla, einer Provinz, die traditionell eine Hochburg der DP ist. Im Vorfeld hatte man sich im oppositionellen Lager dennoch überraschend auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen können, den eine andere Partei, die DAP, stellte, Kim Son-Dong. Andere Aspiranten aus dem Umfeld der DP traten in der Folge als Parteilose an, jedoch nur um die Geburt des ersten Abgeordneten dieses Wahlkreises mit zu erleben, der nicht der DP angehörte.

War der Sieg Kim Son-Dongs von der DAP also ein Beweis dafür, dass die Opposition mit der Strategie der Kandidatenvereinigung endlich ein Mittel gegen die übermächtige Regierungspartei gefunden hatte? Zum Teil schon.

Der Weg zum gemeinsamen Kandidaten und zum Sieg eines Kandidaten der DAP war beschwerlich. Einige Aspiranten aus der eisernen Hochburg der DP waren skeptisch gewesen, denn es hatte keine lagerinterne Vorwahl gegeben wie im Bezirk Gimhae; vielmehr hatten die verhandelnden Parteispitzen die Kandidatur einfach verfügt.

Eigentlich waren die Voraussetzungen für Kim nicht die besten, wenn man berücksichtigt, dass er in seinem Lebenslauf lediglich vorweisen konnte, für längere Zeit in der Arbeiterbewegung aktiv gewesen zu sein. Denn seine Kontrahenten hatten, neben ihrer Qualifikation als DP-Mitglieder, im Blauen Haus gedient, waren Rechtsanwälte, Minister oder Universitätsprofessoren. Entscheidend mag gewesen sein, dass hier die traditionellen DP-Wähler vielleicht einfach eine rationale Entscheidung gefällt haben, so wie die traditionellen GNP-Wähler in Bundang. Es schien ihnen wahrscheinlich vernünftiger, für einen ausgehandelten Kandidaten zu stimmen, der aus einer anderen Partei stammt, als bedingungslos einen DP-nahen Kandidaten zu wählen.

Den Wahlsieg Kims relativierend kommt jedoch hinzu, dass bei der Wahl in Suncheon mit sieben Kandidaten sehr viele Anwärter an den Start gingen, und somit den Schwellenwert für den Wahlsieg stark nach unten drückten. Kim Son-Dong gewann mit einem Anteil von nicht mehr als 36.2% der abgegebenen Stimmen, auch wenn der Abstand zu seinem Verfolger deutlich war. Das heißt, nur ein geringer Bruchteil, noch nicht einmal eine einfache Mehrheit weder der Wahlgänger, noch der Wahlberechtigten und schon gar nicht der Einwohner stimmten der Wahl Kims zu!

Erklärende Faktoren für den Wahlausgang liegen folglich in der schwachen Konkurrenz. Außerdem hatten sich einflussreiche Politiker der DP, allen voran der Vorsitzende Sohn Hak-Kyu, für die Kandidaturvereinigung ausgesprochen hatte. Des Weiteren ist der Einsatz der landesweit beliebten Parteivorsitzenden der DAP, Lee Jeong-Heui, und der freiwilligen studentischen Wahlkampfshelfer nicht zu unterschätzen, die bei den Wählern einen bleibenden Eindruck hinterlassen haben dürften. Schließlich kann man davon ausgehen, dass die Tatsache, dass die Ursache für die Ersatzwahl in der Korruption eines DP-Abgeordneten lag, die Entscheidung leicht machte, sich für einen Kandidaten einer anderen Partei zu entscheiden.

Gangwon: ungläubigwürdiger Ohm, bodenständiger Sohn

Der vierte, wichtige Schauplatz dieser Wahlen war die Provinz **Gangwon**. Rein rechnerisch gesehen war diese Wahl die wichtigste. Denn während den neuen Amtsinhabern der Parlamentssitze nur noch knapp ein Jahr Amtszeit bleibt, wird der neue Gouverneur noch ganze drei Jahre amtieren können. Darum konkurrierten Ohm Ki-Young von der GNP und Choi Moon-Soon von der DP.

Beide Kandidaten kannten sich von ihrer Zeit beim Fernsehsender MBC. Während Ohm seine Laufbahn als Nachrichtensprecher einschlug, setzte sich Choi für die Betriebsgewerkschaft ein; so konnte Ohm seinen Bekanntheitsgrad um einiges steigern, während Choi wegen seiner gewerkschaftlichen Aktivitäten gegenüber der Unternehmensführung mehrmals entlassen wurde. Auch Ohm war als Nachrichtensprecher tendenziell als progressiv eingeschätzt worden, denn er hatte sich immer häufiger das Recht herausgenommen, Nachrichten indirekt, aber vielsagend zu kommentieren. Nachdem er jedoch Anfang 2008 Cheftendant des Senders wurde - er übernahm den Posten nach Choi - rückte Ohm immer näher zum Lager der Regierungspartei. Choi hingegen wurde bei den Parlamentswahlen 2008 über einen Listenplatz zum Abgeordneten

der DP.

Das Amt des Gouverneurs in Gangwon wurde frei, da der ehemalige Gouverneur, Lee Gwang-Jae (DP), für schuldig befunden wurde, in mehrere Schwarzgeldaffären verwickelt gewesen zu sein. Umso wichtiger war auch hier der Sieg der DP. Bis heute halten der ehemalige Gouverneur und auch die DP das Urteil für fragwürdig und behaupten, dass dies eine politische Entscheidung gewesen sei, um auf die Opposition Druck auszuüben. Deshalb forderten sie die Wähler auf, das Regierungslager, das mit solchen unfairen Tricks arbeite, abzustrafen. Ihren Kandidaten verkauften sie entsprechend als Nachfolger des nach ihrer Sicht auf ungerechte Weise abgesetzten Lees.

Die GNP auf der anderen Seite rief die Wähler auf, mit ihrer Stimme für die GNP die DP abzustrafen, da ihr Mitglied die Verantwortung dafür trage, dass das Amt des Gouverneurs monatelang vakant war und nun neu besetzt werden muss. Außerdem behaupteten sie, dass nur ein Kandidat der Regierungspartei in der Lage sei, auch tatsächlich für die Entwicklung der Region zu sorgen.

Bis unmittelbar vor der Wahl waren die Umfrageergebnisse beider Kandidaten gleichauf. Das Blatt wendete sich, als bekannt wurde, dass das Wahlkampfcamp Ohms zu illegalen Wahlkampfmethoden gegriffen hatte. In einem abseits gelegenen Ferienhaus in der Nähe des Ortes Gangneung, das man eigens dazu angemietet hatte, gingen täglich rund 35 bezahlte Wahlhelfer ein und aus, um per Telefon die Wähler zu ermuntern, Ohm zu wählen. Dies jedoch verstößt gegen das geltende Wahlrecht (§61,2), nach dem jegliche Wahlkampfeinrichtungen offiziell gemeldet sein müssen. Ohms Wahlkampfteam bestritt, etwas mit der Sache zu tun zu haben, und behauptete, dass dies das Werk einiger „übereifriger Unterstützer“ gewesen sei, die unabhängig vom Wahlkampflager gehandelt hätten. Einen weiteren Patzer erlaubte sich das GNP-Wahlkampfteam, als man zwei Tage vor der Wahl rund 35 Wahlberechtigte zu einem Essen einlud, bei dem sogar der Geschäftsführer der GNP, Won Hee-Ryong, und andere Schwergewichte der Partei anwesend waren. Dies war ein weiterer klarer Verstoß gegen das Wahlgesetz (§115), was auch den Wählern nicht entgehen konnte. Ohm wurde außerdem vorgeworfen, eine von ihm ins Leben gerufene Bürgerinitiative zur Einwerbung der Olympischen Winterspiele für den Wahlkampf illegaler Weise (§103) missbraucht zu haben.

Diese offensichtlich aus Verzweiflung begangenen Taten haben Ohm wahrscheinlich die Möglichkeit des Sieges zu Nichte gemacht. Choi Moon-Soon gewann mit 51% der Stimmen.

3. Kritischer Blick hinter die Kulissen

Der kritische Blick hinter die Kulissen der elektoralen Institutionen Südkoreas zeigt folgendes:

Auch diese Nachwahlen sind ein repräsentatives Beispiel für vergeudete Ressourcen von Steuergeldern für die Durchführung der Wahlen, der Energie der Bürger während des Wahlkampfes und des weiter bröckelnden Vertrauens den Politikern gegenüber.

Die Kosten, die dem Steuerzahler durch die Wahlen entstehen, hat die Nichtregierungsorganisation Citizens Committee for Economic Justice (CCEJ) mit umgerechnet etwas über sieben Millionen Euro bezeichnet. Sehr ähnlich wie in Deutschland sieht auch das südkoreanische Wahlgesetz Wiederholungswahlen vor, wenn die Wahl eines Kandidaten für ungültig erklärt wird (§195), und Ersatzwahlen, wenn der Amtsinhaber wegen eines Gesetzesübertretens zurücktreten muss (§200); Aufgabe des Amtes aus freien Stücken oder Ableben können weitere Gründe sein. Im Gegenteil zu Deutschland jedoch müssen in Südkorea sehr häufig Nachwahlen abgehalten werden, weil immer wieder Amtsinhaber überführt werden, gegen die Gesetze verstoßen zu haben.

Von nicht weniger als 24 (63,2%) der ursprünglichen 38 Amtsinhaber wurde die Wahl im Nachhinein ungültig erklärt, weil sie erwiesenermaßen gegen das Wahlgesetz verstoßen hatten. Davon hatten rund Dreiviertel auf illegale Weise Gelder im Wahlkampf eingesetzt. Davon gehörten neun der Regierungspartei GNP an, sieben der Oppositionspartei DP. Den restlichen 30% konnte nachgewiesen werden, dass sie sich vor Beginn der offiziellen Wahlkampfzeit betätigt, falsche Informationen verbreitet oder Gewalt gegen konkurrierende Kandidaten angewendet haben.

So kann man sagen, dass, zweitens, die betreffenden einzelnen Amtsinhaber die Schuld trifft, sich unlauter bzw. undemokratisch verhalten haben, was die nun von der Allgemeinheit zu tragenden Kosten verursacht hat. Aber auch die Parteien trifft ein großer Teil der Schuld, denn diese versäumen es immer wieder, ihre Kandidaten in einer rigiden, transparenten und demokratischen Vorauswahl effektiv zu selektieren. In den meisten Fällen, und insbesondere bei so politisch aufgeladenen Wahlen wie diesen, werden Kandidaten aus rein strategischen Gesichtspunkten ausgewählt und in entsprechende Wahlkreise als „Joker“ entsendet.ⁱⁱ

Diese Praktiken widersprechen jedoch explizit dem Wahlgesetz (§47,1) und implizit auch dem Parteiengesetz (§1) und sogar der Verfassung (§8)ⁱⁱⁱ. Danach muss das Aufstellen von Kandidaten in einem von unten nach oben organisierten, demokratischen Willensbil-

dungsprozess stattfinden. Nach den Erfahrungen aus den Jahren 2000 und 2002 fingen die Parteien an, sich aktiv um demokratische und transparente Auswahlverfahren zu bemühen. Damals hatten Bürgerinitiativen durch systematische Intervention in die Wahlkämpfe der Parlaments- und auch der regionalen Wahlen effektiv Einfluss auf die Auswahl der Kandidaten nehmen können. Die Entwicklung in den vergangenen fünf Jahren ist jedoch wieder stark rückläufig; die jetzigen Wahlen sind der bisherige Höhepunkt dieser neuerlichen Dynamik.

Ähnliches kann man, drittens, über Gesetzesverstöße und ideologisch gefärbten Wahlkampf sagen. Noch stehen die Untersuchungsergebnisse der Behörden aus, aber die bisher bekannt gewordenen Vorkommnisse zeigen bereits deutlich, dass wieder alle Mittel eingesetzt wurden, um eine Niederlage abzuwenden. Des Weiteren haben sich Politiker der GNP, wie Chung Mong-Joon oder Kang Jae-Sup zu demagogischen Ausfällen gegenüber den Kontrahenten hinreißen lassen, in der Hoffnung damit konservative Wähler mobilisieren zu können. Selbst innerhalb des oppositionellen Lagers griff man zu dieser anachronistischen Methode des Negativwahlkampfes.

Schließlich, fällt, viertens, auch bei diesen Wahlen ein Versäumnis der Gesetzgebung ins Auge. Da das südkoreanische Wahlgesetz keine Stichwahl kennt, wie z.B. in Frankreich, können Kandidaten in Ämter gewählt werden, obwohl sie ihre Unterstützung nur von einem Bruchteil der Wahlberechtigten erhalten. Wie gesehen lag die Wahlbeteiligung in Suncheon zwar bei 41,1%, die Stimmen aber verteilten sich auf alle sieben Kandidaten. Das zieht das Problem der Repräsentativität bzw. der demokratischen Legitimierung des gewählten Volksrepräsentanten nach sich. In nicht weniger als 20 Fällen (53%) dieser Nachwahlen gewannen die Kandidaten mit weniger als 50% der Stimmen, konnten also keine Mehrheit auf ihre Kandidatur vereinigen; vier Kandidaten wurden sogar mit weniger als 30% der Stimmen ins Amt gewählt. Rechnet man diese Ergebnisse auf die Wahlberechtigten oder sogar Einwohner um, zeigt sich das Problem der tatsächlichen Repräsentativität und Legitimität der jeweiligen Wahl sehr deutlich. Diese Tatsache wiegt in einem Land wie Südkorea umso schwerer, als hier eine starke Tendenz besteht, die Demokratie auf den Akt des Wählens zu reduzieren.

4. Fazit

Was für eine Einschätzung erlauben uns diese Nachwahlen? Viele Beobachter sprechen den Wahlen den Charakter eines Referendums gegenüber der Regierung zu. Dass die GNP in

ihrer Hochburg Bundang verloren und nur einen von vier Sitzen gewonnen hat, sei Ausdruck einer Bewertung der Regierungsarbeit durch das Volk. Insbesondere die Oppositionsparteien haben diese Position in ihren teilweise gemeinsam durchgeführten Wahlkämpfen gebetsmühlenartig wiederholt und zur Erfüllung ihrer Prophezeiung dazu aufgerufen, der Regierung ein entsprechendes Zeugnis auszustellen. Die Hauptkritik der oppositionellen DP und einem nicht zu unterschätzenden Teil der Bevölkerung gegen die Regierung Lee Myung-Bak wiegt schwer:

Neben einem generellen Rückgang an demokratischen Rechten seit der Amtsübernahme 2008 und einer chronischen Schwäche an Kommunikationsfähigkeit gegenüber den Bürgern kam in jüngster Vergangenheit hinzu, dass z.B. das großangelegte Flughafenprojekt im Südosten des Landes plötzlich zurückgezogen wurde, dass die Regierung am umweltschädlichen und unwirtschaftlichen Überlandkanalprojekt festhält, dass sie gegenüber allseitigem Desinteresse dennoch starr an einer Verfassungsreform festhält und das Großprojekt eines „Wissenschaftsgürtels“ um Seoul herum aus heiterem Himmel fallen lässt. Des Weiteren wird angeführt, wie unglaublich die Regierung mit der Maul-und-Klauenseuche vor einigen Monaten umgegangen sei, dass sie Immobilienpreise nicht in den Griff bekäme, die Preise immer weiter stiegen und sie vom Skandal der Sparbank völlig überrascht worden sei. Mit anderen Worten, die Regierung Lee könne noch nicht einmal ihre eigenen Versprechen, mit denen sie ins Amt gewählt wurde, halten. Lee Myung-Bak war als „Pragmatiker“ und „Wirtschaftspräsident“, wie er sich selbst bezeichnete, gewählt worden. Am Ende behielt offensichtlich die Einschätzung der Öffentlichkeit Recht, die Präsident Lee Myung-Bak wegen seines Führungsstils als „Bulldozer“ bezeichnet; in der internationalen Presse sprach man bereits kurz nach seinem Amtsantritt davon, dass unter der neuen Regierung „die politische Uhr zurückgedreht“ würde.

Jedoch am Ausgang von nur vier individuellen Wahlbezirken festmachen zu wollen, dass die Gesamtheit der Bürger des Landes ihrer Regierung einen Denkkzettel verpasst hätten, scheint keine seriös Einschätzung zu sein. Bei genauerem Hinsehen ist deutlich geworden, dass sich die einzelnen Wahlen vor sehr spezifischen Hintergründen abgespielt haben, was die Verallgemeinerung der Ergebnisse als eine Bewertung der Regierung durch die Bürger erschwert. Hinzu kommt die Tatsache, dass die Umfragewerte für Präsident Lee Myung-Bak vor den Wahlen noch gestiegen waren und erst nachdem die Massenmedien eine „große Niederlage“ der Regierung kolportierten, stark abfielen. Mit anderen Worten, hier könnte man

sogar von einem umgekehrten Kausalzusammenhang gegenüber der Referendum-These sprechen. Dies würde die oben erwähnte These der „selbst erfüllten Prophezeiung“ stützen. Auf der anderen Seite haben die einzelnen Wahlen nicht in einem Vakuum stattgefunden, sodass man die Ergebnisse exklusiv nur auf den jeweiligen Wahlbezirk beziehen könnte. Es scheint jedoch in diesem Fall sinnvoller zu sein, die Wahlen auf eine dritte Weise zu interpretieren; und zwar als Ausdruck des derzeitigen Zustandes der südkoreanischen Politik.

Insofern kann das Ergebnis in den einzelnen Wahlkreisen und insgesamt durchaus als eine Momentaufnahme der Stimmung des Volkes verstanden werden – jedoch gegenüber der politischen Klasse als Ganzes. Das heißt, selbst wenn die Sitze im Parlament noch deutlich zu Gunsten der Regierungspartei verteilt sind, geben die Wahlkämpfe und Wahlergebnisse einen Vorgeschmack darauf, was sich im kommenden Superwahljahr abspielen wird. Die bisher so deutlich vom Regierungslager beherrschte politische Arena scheint zu einem ausbalancierteren Niveau zurückgefunden zu haben. Das Pendel, das nach dem Ende der Amtszeit Roh Moo-Hyuns stark nach rechts ausgeschlagen war, ist dabei, zurück zu schwingen. Nach Präsident Kim Dae-Jung und seinem Nachfolger Roh sprachen die Rechtskonservativen 2007 von „den verlorenen zehn Jahren“, in denen „die Linken“ auf Grund ihrer „Amateurhaftigkeit“ das Land „heruntergewirtschaftet“ hätten. Unabhängig, davon, ob diese Einschätzung zutrifft, wird die derzeitige Opposition behaupten können, dass man dies über die Lee Myung-Bak-Regierung bereits nach nur fünf Jahren sagen kann, wenn nicht sogar Schlimmeres.

Was bleibt...

Dass die Wahlbeteiligung hoch war und die Wähler wieder zu einer gemäßigten Parteinahme zurückgekehrt sind, sind die positiven Aspekte dieser Wahlen. Unabhängig von politischen Einstellungen oder der Nähe zu einer bestimmten Partei ist es wichtig für eine funktionierende Demokratie, einer Partei nicht zu viel Macht zu übertragen, damit die Mechanismen von 'Checks and Balances' nicht außer Kraft gesetzt werden. Die vergangen fünf Jahre waren geprägt von einer Dominanz des Regierungslagers.

Neben dem Rückschwingen des Pendels in Hinsicht auf die allgemeine Stimmung im Wahlvolk sorgen zunehmende Spannungen innerhalb der GNP für weitere Einschränkung der ungebremsten Macht der Regierung. Spätestens seit den Vorwahlen zur Präsidentschaftskandidatur 2007 haben sich die ehemalige Parteivorsitzende Park Geun-Hye und ihre

Faktion zu einer immer stärker werdenden Kraft in der Partei entwickelt. Dass bei der Aufstellung für die Parlamentswahlen 2008 systematisch Politiker abgekanzelt wurden, die Park nahe stehen, hat zu einer Verhärtung der parteiinternen Fronten geführt. Bei diesen Nachwahlen hat sich Park absichtlich aus dem Wahlkampf herausgehalten, um nun - frei von der Verantwortung für die Wahlniederlage - als neue Führungskraft antreten zu können. Der Rücktritt der gesamten Parteispitze der GNP kurz nach den Wahlen zeigt, dass die Karten in der Partei neu gemischt werden. Die Park-Fraktion demonstrierte gleich darauf Stärke mit einer ersten Versammlung von rund 10.000 Anhängern.

Im Oppositionslager hat sich Sohn Hak-Kyu mit seiner Leistung als Kandidat für den Präsidentschaftswahlkampf empfohlen. Ryu Shi-Min, ein potentieller Rivale, ist nach seinem Debakel in Gimhae vorerst ausgebremst. Bis Dezember 2012 ist zwar noch viel Zeit, aber mit Park und Sohn ist auf jeden Fall zu rechnen.

Zu konkreten Bedenken jedoch veranlassen die beschriebenen rückläufigen Entwicklungen in der demokratischen Praxis. Hier reicht es nicht aus, allein darauf zu hoffen, dass wieder Bürgerinitiativen die Rolle des Hüters von fairen, transparenten und demokratischen Wahlen übernehmen. Es ist auch nicht zu erwarten, dass Gesetze bis dahin entsprechend korrigiert werden; und wenn doch, wäre das immer noch nicht die Versicherung dafür, dass sie auch entsprechend ausgelegt und befolgt werden, das hat die Vergangenheit immer wieder bewiesen.

Alljährliche Umfragen zeigen, dass unter allen politischen Institutionen das Parlament und die politischen Parteien in Südkorea das geringste Vertrauen genießen. Dass sich das Verhalten der Politiker in näherer Zukunft grundlegend ändern könnte, darüber machen sich offenbar die Wenigsten Illusionen.

Nicht zuletzt sind die Bürger gefragt, sich auch abseits der Wahlen für Politik zu interessieren, Verantwortung als Mitglieder einer demokratischen Gesellschaft zu übernehmen und der politischen Klasse durch partizipative Intervention deutlich zu machen, dass es keinen Weg zurück geben darf.

ⁱⁱⁱ Bis zur Reform des Parteiengesetzes 2005 war auch hier explizit festgeschrieben, dass die Aufstellung von Kandidaten demokratisch verlaufen müsse (§31).

ⁱ Eine Ausnahme bildet der Wahlsieg Kim Son-Dongs in Suncheon. Jedoch handelte es sich hierbei nicht um einen Konkurrenzkampf zwischen Regierung und Opposition, sondern um eine oppositionsinterne Frage.

ⁱⁱ Im Fall des DAP-Abgeordneten Kim Son-Song hatte diese Praxis ausnahmsweise einen positiven Effekt, da einer kleinen, schwachen Partei ermöglicht wurde, ihren Anteil an Parlamentariern auf sechs zu erhöhen; südkoreanische Gesetze erschweren kleinen Parteien systematisch den Zugang ins Parlament.